

AKTUELL

COLONEL RIES

Stubenhocker mit Dienstwagen

Richard Graf

Die Abberufung des Armeechefs im Jahre 2008 war zwar nicht verfassungskonform, gänzlich verkehrt war sie jedoch auch nicht.

In der Affäre Ries/Schiltz gibt es bislang nur einen, der sich selber schuldig spricht: Ries' Vorgänger im Amt, Colonel e.r. Guy Lentz. In einem offenen Brief an seinen im Jahre 2002 berufenen Nachfolger Nico Ries gesteht er ein, dessen persönliche Schwächen zu spät erkannt und seine Ernennung zum Armeechef seinerzeit nicht verhindert zu haben. Mit den Schwächen hat Lentz allerdings nicht einen Mangel an Loyalität gegenüber dem Armeeminister im Sinn, sondern ausdrücklich die Führungsschwächen seines ehemaligen beigeordneten Kommandanten und dessen „mensenverachtenden“ Umgang mit Untergebenen.

Diese für ein ehemaliges Armeemitglied erstaunliche Offenheit begründet Lentz mit seinem Wunsch, weiteren Schaden von der Armee abzuwenden. Seine Message an den geschassten Ries: Nimm Deine Abberufung gefälligst hin und lass andere, die es besser können, mit der Armee reform (die unter Lentz in Gang gesetzt worden war) weitermachen.

Dieser Appell hätte eigentlich den Verursacher der juristischen Panne des Jahres 2008, den ehemaligen Armeeminister und jetzigen Fraktionschef der CSV, Jean-Louis Schiltz, aus der Reserve locken müssen. Doch der schweigt eisern. Vielleicht auch deshalb, weil die Affäre um Colonel Ries Mitte 2011 ohnehin ein Ende findet, wenn nämlich dieser Offizier das definitive Pensionsalter erreicht hat und seine Forderung auf Wiedereingliederung gegenstandslos geworden sein wird.

Doch im Moment gilt die Entscheidung des Verwaltungsgerichts: Die Abberufung von Colonel Nico Ries im Jahre 2008 und die parallel vollzogene Ernennung von Gaston Reinig zu seinem Nachfolger beriefen sich auf eine eigens vom damaligen Armeeminister eingebrachte Änderung im Armeegesetz. Diese aber - so ließ sich das Verwaltungsgericht dies von der „cour constitutionnelle“ bestätigen - ist nicht verfassungskonform!

Der aktuelle Armeeminister Jean-Marie Halsdorf trug diesem Urteil

zunächst dadurch Rechnung, dass er den alten und den neuen Armeechef beurlaubte und interimistisch Alain Duchêne zum Armeechef ernannte. Wie Halsdorf in einer ungewöhnlich ausführlichen Antwort auf eine dringliche parlamentarische Anfrage des grünen Abgeordneten Félix Braz erläuterte, versuchte er zunächst, eine gütliche Einigung mit Nico Ries zu erreichen, indem er ihm das Angebot machte für kurze Zeit an die Armeespitze zurückzukehren, um sodann umgehend in den (Vor-)Ruhestand versetzt zu werden, auf den er als 57-jähriger Armeeeingehöriger ohnehin seit zwei Jahren Anspruch hat.

Titel ja, Pfründe nein

Doch Ries ging auf diesen Deal nicht ein. Dadurch sah Halsdorf sich genötigt, eine Lösung zu suchen, die mit der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes konform ist. In seiner Frage zeigte sich der grüne Felix Braz nämlich besorgt, ob die Regierung nicht im Begriff ist, erneut einen Formfehler zu begehen.

Die Ironie der ganzen Affäre: Sowohl die von Schiltz eingebrachten speziellen - jetzt für verfassungswidrig erklärten - Gesetzesänderungen als auch der eher fragwürdige Versuch von Halsdorf, den in seiner Ehre gekränkten Colonel einen Kurzbesuch als Armeechef auf dem „Härebierg“ zu ermöglichen, waren eigentlich Lösungsvorschläge zugunsten des Geschassten. Schiltz bewahrte ihm durch sie nicht nur den Dienstgrad als Colonel - der eigentlich nur dem Armeechef zusteht -, sondern auch spezielle finanzielle Sondervergütungen und sogar den Dienstwagen samt Fahrer. Dies, obwohl Ries wiederholt bekundete, mit keinen richtigen Aufgaben mehr betraut zu sein und in seinem Büro fernab des wirklichen Geschehens eigentlich nur herumzusitzen.

Wenn es Halsdorf tatsächlich gelingt, einen korrekten Ausweg zu finden und Ries ohne Berufung auf die Sonderregelung zu versetzen, wird dieser seinen Titel zwar behalten dürfen, doch mit den Sonderleistungen, die mit der Funktion des Armeechefs verknüpft sind, wäre es vorbei. Aber es ging dem Offizier ja ohnehin nicht ums Geld, sondern nur um die Ehre.

SHORT NEWS

Transition Town Nidderknuppecht?

Das „Centre for ecological learning Luxembourg“ (CELL) ist eine neue Struktur, die sich zum Ziel gesetzt hat, angesichts der ökologischen Krise die Kluft zwischen Umweltdenken und -handeln zu reduzieren. Dabei soll in Theorie und Praxis eine neue Form des Zusammenlebens entwickelt werden, „die wesentlich gemeinschaftlicher, dynamischer und naturverbundener ist als die Tretmühle der Ölabhängigkeit“. Es ist kein Zufall, dass dies an die Philosophie der in Großbritannien verbreiteten „Transition Towns“ erinnert - Städte und Gemeinden, welche Genügsamkeit und auf das Lokale zentriertes Wirtschaften ausprobieren. Katy Fox, die in Luxemburg aufgewachsene Initiatorin des Projekts, hat die vergangenen Jahre auf der anderen Seite des Ärmelkanals verbracht. Die vielseitig interessierte Anthropologin wird am Mittwoch den 25. Januar eine erste Informationsversammlung in der Beckericher Millen moderieren. Mehr Informationen unter www.cell.lu

Schuldig oder nicht schuldig

„Il appartient aux juridictions de trancher les questions de responsabilité au cas par cas“, lautet die gemeinsame Antwort der Familienministerin Marie-Josée Jacobs und des Innenministers Jean-Marie Halsdorf auf die parlamentarische Anfrage des CSV-Abgeordneten Marc Spautz. Dieser wollte im Vorfeld wissen - nach dem tragischen Unglücksfall vor rund vier Jahren als der sechsjährige Luca in der Maison relais in Steinsel von einem umstürzenden Schrank erschlagen wurde - ob es nun nicht endlich an der Zeit sei, die Verantwortlichkeiten der diversen Akteure per Gesetz, Konvention oder Règlement zu klären. Die Regierung ist der Meinung, dass zumindest die Verpflichtungen eines Vorsitzenden einer Maison relais hinreichend im ASFT-Gesetz definiert sind und dass bei Zuwiderhandlung oder bei einem Unglücksfall alleine die Justiz die Frage der Verantwortung klären kann. Somit wird auch zum Teil den Forderungen der Gewerkschaft des Gemeindepersonals eine Absage erteilt. Diese hatte schon vor rund zwei Monaten vom Innenministerium und dem Syvicol eine klarere Definition der Zuständigkeiten, und damit ein höheres Maß an Rechtssicherheit gefordert. Außerdem verlangten sie Weiterbildungsmaßnahmen für die Sicherheitsbeauftragten. „Es geht nicht an, dass die diversen Regierungsvertreter und das Patronatssyndikat Syvicol sich hinter dem Urteil im Fall Luca verstecken, in der Hoffnung dass das Unglück ein Einzelfall bleibt“, meinte damals der FGFC-Präsident, Daniel Cardarelli.

Steuerfreies Wohnen für Besserverdiener

Als „Lockfütterung heller Köpfe“ bezeichnet der linke Abgeordnete André Hoffmann ein Rundschreiben das die Steuerverwaltung pünktlich zum neuen Jahre herausgebracht hat. Es geht um spezielle Steuerprivilegien, die besonders gut betuchten Personen zugesprochen werden, wenn sie zeitweilig ihren Wohnsitz nach Luxemburg verlegen. Um gut qualifizierte Kräfte nach Luxemburg zu locken, übernehmen die betroffenen Unternehmen in der Regel die Umzugs- und eventuell sogar die Renovierungskosten. Diese Zusatzvergütungen gelten für Normalsterbliche als Bestandteil des zu versteuernden Einkommens. Wer als ausländische Spitzenkraft und mit mindestens fünfmal dem Mindestlohn bedacht nach Luxemburg gerufen wird, braucht diese Zusatzvergütungen in Zukunft unter bestimmten Umständen nicht mehr zu versteuern. Voraussetzung ist nicht nur ein hoher Verdienst, sondern auch ein Uni-Diplom. Damit durchbricht die Steuerverwaltung und der zuständige Finanzminister erstmals das eherne Gesetz der Gleichheit vor dem Gesetz. Ein erster Schritt in Richtung Etablierung der „high net worth families“? Die Regierung verfolge keine solche Initiativen, hatte 2003 der damalige Finanzminister, Jean-Claude Juncker, einseitig auf eine parlamentarische Frage geantwortet.